



neu definiert: gemeinsam die zukunft gestalten

## grundlagen für die arbeit des landesvorstandes der jusos hamburg – 1dk 19. apr 2008

I.	ein neuer weg für die sozialdemokratie	2
II.	weg von überholten denkmustern	5
III.	wir machen moderne politik	7

### Impressum

Danial Ilkhanipour, Landesvorsitzender Jusos Hamburg (ViSdP)

Gestaltung: Sebastian Jonscher/ Bilder von www.photocase.com  
(Dicke Tüte von madpet, Eins. Zwei. Drei. von AndreasF.)

Landesbüro Jusos Hamburg  
Kurt-Schumacher-Allee 10, 20097 Hamburg

Tel. 040 280 848 13, Fax 040 280 848 18, Mail: jusoshamburg@spd.de



## I. ein neuer weg für die sozialdemokratie

Die Widersprüche, die unsere heutige Zeit beherrschen, treten immer deutlicher zu Tage. Nicht nur aus nationaler, sondern auch aus globaler Sicht entwickeln sich die Lebensbedingungen der Menschen eklatant auseinander: Wenngleich die Verhältnisse, in denen Menschen leben, stark polarisiert wirken, sind die Probleme, die dafür ursächlich sind, um ein vielfaches komplexer und weder monokausal erklärbar noch mit eindimensionalen Maßnahmen zu lösen.

Das vergangene Jahrhundert war geprägt von einer massiven Spaltung der Welt in zwei gegensätzliche Lager. Diese Spaltung war jedoch weniger das Produkt ökonomischer, sozialer oder rechtlicher Ungleichheit, die unsere moderne Gesellschaft heute konfrontieren, als eine Folge der traumatisierenden Erlebnisse des zweiten Weltkrieges. Zwei ideologische Blöcke beanspruchten für sich, das bessere System der gesellschaftlichen und globalen Organisation zu vertreten. Beide versuchten, die Vormachtstellung für ihr geistiges Konstrukt zu erstreiten, vielerorts sogar kriegerisch durchzusetzen.

Die politische Welt war polarisiert. Nahezu jeder Staat konnte einem der beiden Blöcke zugeordnet werden. Diese eindeutige Zugehörigkeit spiegelte sich auch in den nationalen politischen Zuständen wider: Parteien und politische Gruppierungen konnten innerhalb eines eindimensionalen Rechts-Links-Schemas zweifelsfrei und dauerhaft verortet werden. Der Standpunkt eines politischen Akteurs kategorisierte seinen ideologischen Hintergrund und die politischen Ziele sowie Instrumente und Handlungsprogramme. Diese Kategorisierung der Begriffe „links“ und „rechts“ wurde damals inhaltlich zementiert und wird bis heute entsprechend verstanden.

Diese politischen Verhältnisse offerierten vor allem die Möglichkeit der Nachvollziehbarkeit innerhalb der globalen politischen Zustände, sowie die Möglichkeit der eindeutigen Orientierung in der nationalen Parteienlandschaft. Insbesondere am Wahlverhalten wurde sichtbar, dass die BürgerInnen feste und dauerhafte Zugehörigkeiten zu einer bestimmten Partei oder politischen Gruppierung entwickelten.

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts veränderten sich die Bedingungen, unter denen moderne Gesellschaften heutzutage gestaltet sind, jedoch massiv. Die westlichen Industrienationen sind in den überwiegenden Fällen in ihrer jeweiligen Staatsform konsolidiert und die ideologischen Gegensätze stehen heute mehr und mehr im Hintergrund.

Die globalen Geschehnisse und die Entwicklung nationaler Gesellschaften befördern stattdessen gesellschaftliche Probleme neuartiger Komplexität und Intensität.

Die heutigen Verhältnisse sind widersprüchlicher als je zuvor und nicht mehr zu simplen Gegensätzen zu vereinfachen.

Ein Herunterbrechen von Lösungen nach einem überkommenen Rechts-Links-Schema ist nicht mehr wirksam. Die Systemfrage ist im Bezug auf die drängenden Probleme unserer Zeit lösungsindifferent.

Links und Rechts büßen in ihrer theoretischen Geschlossenheit und ihren anachronistischen Handlungsprogrammen ihre konkrete Problemlösungsfähigkeit ein und kapitulieren vor der Komplexität der Probleme, die moderne Gesellschaften künftig lösen müssen.

Das stoische Festhalten an den bekannten linken und rechten Handlungsmustern und das gedankliche Verharren in diesen vergangenen Gegensätzen entblößt deren Unangemessenheit und deren Mangel an Verhältnismäßigkeit gegenüber unserer heutigen Zeit.

Die Partei DIE.LINKE inszeniert seit Wochen und Monaten innerhalb der deutschen Parteienlandschaft ein Exempel des Versuchs der Reanimation vergangener Zeiten.

Der Begriff des Linken, den die Partei für sich beansprucht, bedeutet an dieser Stelle nicht vielmehr als die Wiederherstellung alter Zustände, die Rücknahme sämtlicher Sozialreformen der letzten Jahre und die Verstaatlichung von Produktionsmitteln. In reaktionärer Manier verschreibt sich diese Partei offenkundig der Negativ-Politik. Mit populistischen Parolen und leeren Phrasen verspricht sie Wiedergutmachung von schmerzhaften Verlusten. Sie positioniert sich somit explizit gegen die erfolgreiche und fortschrittliche Agendapolitik der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung. Mit dieser Methode büßt DIE.LINKE genau das ein, was dem linken Block spezifisch zugeordnet wurde: das progressive Moment, das Eintreten für den gesellschaftlichen Fortschritt.

Ein weiteres originär linkes Element opfert die Linkspartei dem eigenen Machtwillen, indem sie sich nicht als politischer Streiter einer freiheitlichen, fortschrittlichen und solidarischen Gesellschaft positioniert, sondern vielmehr in den trüben Gewässern der Frustration, Unzufriedenheit und Hoffungslosigkeit fischt.

Vor dem Ausnutzen menschlicher Betroffenheit nicht zurückschreckend, spricht die Linkspartei auf gefährliche Art und Weise gezielt die Emotionen der Menschen an und spielt sich dabei heldenhaft als Rächer eines Systems auf, welches sie als strukturell korrupt zu entlarven glaubt.

Mit der Ansage, für die Schwachen dieser Gesellschaft eintreten zu wollen, versucht diese Partei zu verbergen, dass ihre Anstrengungen einzig dem Streben nach Macht geschuldet sind. Das erklärt auch die Unfähigkeit von DIE.LINKE, politische Entscheidungen zu treffen und Verantwortung zu übernehmen. Auf Kosten des gesellschaftlichen Fortschritts und der gesamtgesellschaftlichen Integrität täuscht sie vor, alte Zustände herbeizuführen. Dabei verzichtet sie auf wahre progressive politische Ziele sowie auf Handlungsprogramme und -Instrumente.

Der Begriff „links“ ist mehrdeutig und diffus geworden. Durch die Beraubung der beschriebenen Attribute wird „links“ zu einer unbrauchbaren Phrase. Die Linkspartei verneint sich nicht nur politisch, auch begrifflich ist sie Ausdruck ihrer eigenen Handlungsunfähig- und damit Überflüssigkeit.

Vor wenigen Jahren löste die SPD nach langer Zeit des bundespolitischen Stillstandes die CDU von der Regierungsmacht ab. Die SPD schaffte es, den Zustand der politischen Untätigkeit aufzubrechen und sich unter der Führung Gerhard Schröders ein neues Selbstverständnis zu geben.

Mutig traute sich die SPD eine Politik anzuvisieren, die der Realisierung eines normativen Begriffs der Politik verpflichtet war: Die Politik der SPD sollte wieder eine solche sein, die schwerwiegende und drängende politische Probleme der gesamten Gesellschaft löst.

Die große Leistung der Partei bestand darin, sich von einer Klientelpolitik abzuwenden und sich der Mitte der Gesellschaft zuzuwenden. Zum ersten Mal seit langer Zeit wurde die eigene Definition dieser Partei als Volkspartei in solchem Maße verwirklicht. Im Vordergrund der politischen Bestrebungen stand nicht das Gerechtworden gegenüber einer Bevölkerungsgruppe, sondern der Wille zur Verantwortung für die Lösung aller Probleme der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland im Sinne der sozialen Gerechtigkeit.

Tatsächliche politische Verantwortung bedeutet, gesellschaftlichen Problemen ins Gesicht zu sehen und die Frage nach ihren Lösungen offen nach vorne zu stellen, mit dem Ziel, die bestehenden Verhältnisse zu verändern. Heute und zu jeder anderen Zeit.

Eine Partei wie die SPD, die sich der progressiven Bewegung der Aufklärung verpflichtet fühlt, sollte sich stets der Rationalität zuwenden und gesellschaftliche Probleme als Anlass zur politischen Verantwortung und Handlung nehmen.

Die SPD muss an dieser Stelle endgültig ihre alten ideologischen Scheuklappen ablegen, sich von den Begriffen „links“ und „rechts“ auch innerparteilich trennen und den Weg gehen, den man den der besten Lösung nennen könnte.

Die Sorge, sich dabei richtungslos in der Kontingenz des Pragmatismus zu verlieren wird dadurch gebannt, dass die Partei über ein stabiles Fundament gestützt wird: Die Grundwerte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Sie sind Geschichte, geistige Heimat, Werte und Maßstab zugleich. Eine jede politische Entscheidung unserer Partei muss sich diesen Maßstäben gegenüber verantworten.

Unsere Partei vereint ein übergeordnetes Ziel, das in den Grenzen jener anleitenden Werte eine eindeutige Richtung vorgibt: Die Schaffung und das Bewahren der sozial gerechten Demokratie, in der sich eine freie und solidarische Gemeinschaft verwirklicht.

Die große Herausforderung, die uns als SPD obliegt, ist die Realisierung unseres Leitbildes einer entsprechenden Gesellschaft unter den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen.

Unserer Partei kann diesen Weg nur gehen, wenn sie sich der gesellschaftlichen Realität und den Menschen zuwendet und die Verantwortung für die Lösung von drängenden Problemen übernimmt. Dieses Ziel werden wir nur erreichen, wenn wir uns nicht in geistige Konstrukte zurückretten, sondern uns der Realität und damit der Verantwortung stellen, kontinuierlich und unablässig nach dem zu fragen, was möglich und nötig ist, mag es manchmal auch noch so unpopulär erscheinen.



## II. weg von

## überholten denkmustern

Nicht nur mit Blick auf die Umfragewerte und Wahlergebnisse der letzten Zeit befindet sich die SPD in einer schweren Krise. Viel problematischer ist der Riss innerhalb unserer Partei, der auch das Symptom der oben beschriebenen strukturellen Versäumnisse ist.

Wir befinden uns in einer Zeit ständiger Veränderungen auf Grund ständig wechselnder Rahmenbedingungen und so sehr wir uns im Alltag auf diese Veränderungen einrichten, benutzen wir in der Politik nach wie vor ein Koordinatensystem des vergangen Jahrhunderts. Dies erschwert den politischen Alltag und macht es unmöglich, eine klare politische Linie in der Sozialdemokratie erkennen zu lassen.

So entsteht oft zu Recht der Eindruck, dass sozialdemokratische Politik zwischen den so genannten Flügeln mit einer „Basarmentalität“ betrieben wird. Das meist öffentliche Feilschen um Positionen und Personal führt dazu, dass es für fast alle Beteiligten nur noch darum geht, das eigene Gesicht zu wahren, bzw. als Sieger aus einem Streit hervorzugehen. Das Ringen um die besten Lösungen gesellschaftlicher Probleme tritt dabei mehr und mehr in den Hintergrund.

Gerade innerhalb der SPD wird meist noch immer mit den Begriffen „rechts“ und „links“ gearbeitet, die eine leichte Einsortierung der politischen Protagonisten und ihrer ausgetragenen Kämpfe in bestimmte Schubladen ermöglicht. Die Frage nach der Definition von „links“ und „rechts“ in Bezug auf die einzelnen Sachfragen ist meist nicht mehr zu beantworten. Wer sich heutzutage weiterhin über diese Begriffe definiert, gibt für sich einen politischen Maßstab an, der der Realität und den gesellschaftlichen Problemen nicht mehr gerecht wird. An diesem Maßstab, der nicht in Einklang mit der politischen Wirklichkeit steht, wird jeder politische Akteur gegenüber der Öffentlichkeit zwangsläufig scheitern. Dies mag auch ein Grund für die voranschreitende Politikverdrossenheit in der Bevölkerung sein. Die Institutionalisierung eines solchen Denkens führt dazu, dass zwangsläufig die Frage, was in einer Sachfrage denn nun links bzw. rechts sei, in der Positionsbildung dominiert. Die Frage danach, was gerecht und richtig sei, wird dabei vernachlässigt. So kann das Etikett „links“ bereits Selbstzweck sein, ganz gleich, für welche Inhalte die vermeintlich „linke“ Politik steht.

Zur Negierung eines inhaltlich richtigen Lösungsvorschlages genügt meist schon die Herkunft aus dem anderen politischen Lager. Zudem wird aufgrund der linken oder rechten Scheuklappen der Blick über den Tellerrand nach neuen Antworten auf neue Probleme verwehrt.

Die jüngste Entwicklung der SPD im Umgang mit der Linkspartei zeigt, zu welch skurrilen Ergebnissen solch ein Verharren in alten Denkmustern führen kann. Traditionell ideologische SozialdemokratInnen klammern sich in selbstzerstörerischer Art und Weise an die Macht, pragmatische VertreterInnen der Partei warnen vor einem Glaubwürdigkeitsverlust.

Die Ideologen der Partei, deren wichtigste Aufgabe im Spektrum der Sozialdemokratie es stets war, Wächter unserer grundlegenden Werte zu sein, verraten diese Werte nun. Nicht anders lassen sich Äußerungen erklären, die die Gewissensfrage hinter die Machtfrage stellen, die das freie Mandat Dagmar Metzgers in Frage stellen und die gegen basisdemokratische Elemente wie etwa die Urwahl des Kanzlerkandidaten wettern.

Wenn also der ideologische linke Flügel und der pragmatische rechte Flügel ihrer klassischen Aufgabenverteilung nicht mehr gerecht werden, ist dies nur ein weiterer Beweis dafür, dass das alte Rechts-Links-Schema überholt ist.

Deshalb sehen wir uns gezwungen, unser politisches Koordinatensystem zu reformieren und den aktuellen Problemen der Gesellschaft anzupassen. Dafür brauchen wir neue Begriffe und neue Definitionen, um die Probleme unserer Zeit benennen zu können und sie für jedermann transparent und von Grund auf zu lösen, anstatt uns im Verborgenen an den Symptomen abzuarbeiten.

Die Jusos Hamburg wollen hierfür den ersten Schritt tun. Dies ist die Grundlage unserer zukünftigen Arbeit. Es wird, wie bei den meisten größeren Veränderungen, insbesondere bei den kognitiven, eine gewisse Zeit dauern, die vorhandenen zementierten Denkmuster abzubauen. Vor allem, da das alte Koordinatensystem mit linken und rechten Achsen zwar überholt, aber dennoch weiterhin bequem ist. Diejenigen innerhalb der SPD, die am alten Koordinatensystem festhalten wollen, werden den fortschrittlichen Kräften innerhalb der SPD gegenüberstehen, die die alten Strukturen aufbrechen werden.

Diesen Gedanken in die Gremien der Partei zu tragen und dort zu manifestieren, wird die wesentliche Arbeit des zu wählenden Landesvorstands sein.



### III. wir machen

### moderne politik

Wir Jusos in Hamburg haben diesen Weg in den letzten Jahren bereits instinktiv eingeschlagen. Aus einem zerstrittenen Haufen unterschiedlicher Strömungen, der ohne jegliche politische Durchschlagskraft vor sich hin existierte, wurde ein solidarisch handelnder, pluralistischer Verband, der sich nicht mehr an traditionellen Rechts-Links-Schemen orientiert, sondern in der Wirklichkeit angekommen ist. Ob beim Ringen um die besten Inhalte oder die besten politischen Konzepte: das Miteinander steht im Umgang zwischen fast allen Jusogruppierungen in Hamburg stets im Vordergrund. Nur ein marginaler Teil versucht weiterhin, sich in Begriffe von vorgestern zu retten. Meist nicht, um die eigenen Inhalte durchzusetzen, sondern um sich selbst in eine bessere Position zu bringen.

Daher sind wir als Jusos in Hamburg äußerst schlagkräftig aufgestellt. Ganz gleich, ob es um die Inhalte, die Kampagnenfähigkeit oder die handelnden Personen geht: Wir Jusos brauchen uns keinesfalls hinter der Mutterpartei zu verstecken. Ganz im Gegenteil: Ziel in der neuen Legislatur muss es daher sein, unsere Positionen und Personen innerhalb der Partei deutlich stärker einzubringen als bisher. Die SPD ist im siebten Jahr der Opposition dringend auf unsere Hilfe angewiesen, um endlich wieder Tritt zu fassen und den Hamburgerinnen und Hamburgern eine wirkliche Regierungsalternative aufzuzeigen. Wir werden daher in den nächsten Monaten unsere inhaltliche Positionierung deutlich vorantreiben und uns innerhalb der Partei lautstark zu Wort melden.

**Wir werden:**

- **Mehr Öffentlichkeitsarbeit machen!**

Bereits in den letzten Monaten haben wir die Pressearbeit deutlich ausgebaut und uns somit auch medial Gehör verschafft. Wir werden dieses in den nächsten Monaten weiter fortführen, um innerhalb der politischen Landschaft in Hamburg eine stärkere Rolle zu spielen. Ganz gleich, ob es um aktuelle politische Ereignisse oder eine langfristige politische Positionierung geht: Dort, wo die SPD in Hamburg häufig Monate braucht, um zu irgendeiner Aussage zu kommen, werden wir uns auf Grundlage unserer Beschlüsse einmischen.

- **Unsere Kampagnenfähigkeit erhalten!**

Egal ob jährlich an der Universität oder in Bürgerschafts-, Europa-, und Bundestagswahlkämpfen: unsere Kampagnenfähigkeit ist ungeschlagen und inzwischen auch preisgekrönt. Der junge Wahlkampf während der Bürgerschaftswahl hat erneut Maßstäbe gesetzt.

Wir werden auch zukünftig stets bis in die Haarspitzen motiviert in den Wahlkampf ziehen und freuen uns bereits auf den Winterwahlkampf 08/09 an der Universität Hamburg.

▪ **Die Arbeitskreise ausbauen!**

Wir bieten bereits eine Vielzahl von Arbeitskreisen an, in denen inhaltlich diskutiert wird und thematische Positionen erarbeitet werden. Auch hier werden wir die Schlagzahl weiter erhöhen, neue Arbeitskreise einrichten und freuen uns schon auf viele neue Anträge für die nächsten LDK's. Unsere Arbeitskreise im Einzelnen:

▪ **AK Gewerkschaftsdialog - neu!**

„Ursache des merklich zerrütteten Verhältnisses der SPD zu den Gewerkschaften ist nicht die Reformpolitik der letzten Jahre, sondern die Tatsache, dass keiner den Arsch in der Hose hatte, die Agenda-Politik vor Ort zu erklären und für Verständnis zu werben!“ (unbekannte Quelle, November 06)  
In diesem Sinne werden wir versuchen, einen Dialog zwischen den Jugend-GewerkschaftsvertreterInnen in Hamburg und den Jusos Hamburg zu entwickeln. Ziel muss es sein einen regelmäßigen Austausch über politische Positionen zu etablieren und Gemeinsamkeiten aber auch Differenzen herauszuarbeiten.

▪ **AK Kultur**

Ziel des Arbeitskreises ist es, sich mit der Kulturpolitik, mit den kulturellen Institutionen und den Kulturschaffenden in unserer Stadt auseinander zu setzen. Mit einer Reihe von Gastreferenten, Besuchen von Kultureinrichtungen und der Beschäftigung mit entsprechender Literatur nähern wir uns diesem Themenkomplex.

▪ **AK Energie und Umwelt**

Der AK Energie & Umwelt hat sich mit einem energiepolitischen Grundsatzpapier als erfolgreicher Arbeitskreis etabliert. Die Arbeit soll in der nächsten Legislatur mit einer neuen thematischen Ausrichtung weitergeführt werden. So wird die alltägliche Belastung des Menschen auf Grund diverser Strahlungsquellen sowie mögliche Treibstoffe der Zukunft in den Fokus stehen.

▪ **AK Gegen Rechts**

Die Bürgerschaftswahl 2008 hat gezeigt, dass eine konsequente Arbeit gegen Rechtsextremismus in Hamburg zum Erfolg führt. Mit 0,8 Prozent hat die DVU den Einzug in die Bürgerschaft klar verfehlt. Doch ein solches Wahlergebnis ist auch in einer weltoffenen Stadt wie Hamburg nicht selbstverständlich: nur konsequente Arbeit gegen Rechtsextremismus führt zum Erfolg. Dabei wird der Arbeitskreis Gegen Rechts der Jusos Hamburg auch 2008/2009 mithelfen.

- **AK Integration - neu!**

Der neu gegründete AK Integration der Jusos Hamburg wird sich in der kommenden Legislatur mit den vielfältigen Möglichkeiten, offenen Fragen sowie den gesellschaftlichen Problemen beschäftigen, die sich auf Grund der Tatsache ergeben, dass die Bundesrepublik endlich von einem Großteil der Bevölkerung als Einwanderungsland wahrgenommen wird. Ein wichtiger Punkt einer gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft ist die Bildung. Daher hat das gesamte Bildungs- und Ausbildungssystem eine Schlüsselfunktion für das Gelingen der Integration von Zuwanderern.

- **AK Bildung**

Unter schwarz-grün scheint die Bildungspolitik in eine andere Richtung gelenkt. Inwieweit sich die zukünftigen Strukturentscheidungen im Bildungsbereich mit den Forderungen der Jusos Hamburg decken, wird vom AK Bildung genauestens unter die Lupe genommen. Der AK Bildung wird aufzeigen, wo es zu wirklichen Verbesserungen im Hamburger Bildungssystem kommt und aufdecken, wenn faule Kompromisse eingegangen werden, bspw. beim Thema Studiengebühren.

- **AK Soziales - neu!**

In dem Arbeitskreis Soziales sollen die in Zukunft verstärkt auftretenden Probleme im Bereich Sozial- und Rentenversicherung behandelt werden, speziell die des Rentensystems. Dabei geht es zunächst in der Einarbeitungsphase des Arbeitskreises um eine Analyse der Situation und der Benennung der Probleme. Der nächste Schritt beinhaltet Lösungsvorschläge sowie deren Ausarbeitung. Dies soll zum Schluss in einem Antrag und Positionspapier der Jusos Hamburg münden.

- **AK Netzpolitik - neu!**

Was hat es mit Begriffen wie „Bundestrojaner“ auf sich? Welche Auswirkungen hätten solche Maßnahmen und inwieweit sind sie zu realisieren? Was ist die Vorratsdatenspeicherung? Welche Daten werden gespeichert und warum werden sie gespeichert? Was erwartet uns in der Zukunft? Und was für eine Bedeutung hat dies alles für uns als BürgerInnen und als SozialdemokratInnen?

Der AK Netzpolitik wird sich mit eben solchen Fragen und Begrifflichkeiten beschäftigen, versuchen Antworten auf die Fragen zu finden und eine Position für die Jusos Hamburg zu erarbeiten.

- **Gemeinsame Veranstaltungen mit anderen Parteigliederungen machen!**

Für das nächste Jahr hat es sich der Juso Landesvorstand außerdem zum Ziel gesetzt, stärker als bisher mit anderen Teilen der Partei zusammen zu arbeiten. In der Planung ist u.a. eine gemeinsame Veranstaltung mit der AG60+ zum Thema Generationengerechtigkeit. Auch soll es eine thematische Reihe mit zahlreichen Abgeordneten der Bürgerschaft und des Bundestages unter der Überschrift „Nachgefragt“ geben. Wir werden hier deutlich unsere Forderungen und Positionen zum Ausdruck bringen und den Gästen auf den Zahn fühlen.

- **Die Zukunft nicht gestalten können ohne die Vergangenheit zu kennen!**

Daher wird es eine Veranstaltungsreihe zur Geschichte der Sozialdemokratie geben. Neben Vorträgen und Diskussionsabenden zur Historie unserer Partei soll dabei auch das Arbeiterliedgut nicht zu kurz kommen.

- **Die treibende politische Kraft an der Universität Hamburg bleiben!**

Die Juso Hochschulgruppe wird die erfolgreiche politische Arbeit auf dem Campus und in der Stadt fortsetzen. Entsprechend unserem Selbstverständnis werden wir ideologiefrei, aber nicht wertefrei auf die Probleme unserer Kommilitonen eingehen und ihnen echte Lösungen anbieten, um Bildungspolitik in Hamburg gerechter, offener und erfolgreicher zu machen. Darüber hinaus werben wir für politisches Engagement und bieten Studierenden eine Vielzahl an Möglichkeiten, sich selbst einzubringen. Inhaltlich werden wir uns vor allem mit den zu erwartenden neuen Studiengebühren und mit einem ökologischen Konzept für die Universität beschäftigen.